

KOMMENTAR

Endlich erste Konsequenzen

Fall Chantal – Chef des Jugendamts muss gehen

STEPHAN STEINLEIN

Der Schritt war überfällig. Gestern hat der selbst im Zentrum der Kritik stehende Bezirksamtsleiter von Hamburg-Mitte, Markus Schreiber, seine Jugendamtschefin von ihren Aufgaben entbunden. Endlich, möchte man sagen. Endlich hat behördliches Versagen im Fall der vom Drogenersatz Methadon tödlich vergifteten Chantal personelle Konsequenzen. Endlich wurde eine schreckliche Anhäufung von Inkompetenz, Desinteresse und Gefühllosigkeit nicht weiter hingegenommen. Ob es reicht, allein die Jugendamtsleiterin freizustellen, wird sich aber noch zeigen. Ja, es war wieder, wie schon im Fall der verstorbenen Lara-Mia, das Jugendamt von Mitte, das offensichtlich versagt hat. Es war wieder die Amtsleiterin, die sich öffentlich hinter Behördenfloskeln versteckte, statt Menschlichkeit zu zeigen. Aber es war auch erneut die Behörde des Markus Schreiber.

Noch halten sich Politiker mit dem Ruf nach Konsequenzen für den Mann zurück, der schon im Umgang mit Obdachlosen unter der Kirsten-Miles-Brücke versagt hat. Bis gestern Nachmittag, als die CDU vorpreschte, hatte noch nicht einmal die Opposition die Ablösung gefordert. Dafür ist es noch zu früh. Aber Schreiber weiß, dass es nur ein ganz schmaler Grat ist, auf dem er wandelt. Ein weiterer Fehler, ein weiteres Versäumnis und er dürfte der nächste Bezirksamtsleiter sein, der unter Olaf Scholz gehen muss – aber der erste mit SPD-Parteibuch.

Wie es zu diesem frühen Stadium der Aufklärung scheint, gibt es nicht eine Ursache für den Tod von Chantal, sondern eine Verkettung mehrerer. Niemand hat angeblich die Drogen sucht der Pflegeeltern bemerkt, weder die Mitarbeiter des Amtes noch der mit der Betreuung beauftragte Verein. Ein Verein, der mit Fallpauschalen bezahlt wird, weitgehend unabhängig vom Aufwand. Das heißt: Je weniger er tut, desto besser ist umgerechnet die Bezahlung. Übrigens: Dieser Verein nahm keinen Anstoß, dass die Kinder in der Familie noch nicht einmal eigene Betten oder einen Schrank hatten für ihre Kleidung.

Für all das trägt die Jugendamtsleiterin die fachliche Verantwortung. Die politische bleibt trotz deren Freistellung bei Markus Schreiber.

Seite 8 CDU fordert Schreibers Rücktritt

ZITAT DES TAGES

Europa könnte gar nicht funktionieren, wenn bei jedem Regierungswechsel alles wieder infrage gestellt wird, was wir einmal beschlossen haben.

Bundeskanzlerin Angela Merkel beim EU-Gipfel mit Blick auf die Wahlen in Frankreich

DEBATTE

Europa muss mobiler werden

Um den Wirtschaftsraum und den Euro an die Spitze zu bringen, ist ein gemeinsamer Arbeitsmarkt Voraussetzung

KLAUS F. ZIMMERMANN

Es war einmal: Im März 2000 hatten die Staaten der Europäischen Union voller Optimismus in Lissabon beschlossen, den Binnenmarkt mit seinen 500 Millionen Einwohnern bis zum Jahr 2010 „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt zu machen – mit mehr und besseren Arbeitsplätzen“. Doch diese Vision ist leider nicht gelungen. Teils, weil die Strategie als Ganzes zu unverbindlich gewesen ist, teils, weil zu viele Euro-Länder bei den versagt haben. Das Ergebnis dieses Scheiterns ist heute vielfältig zu besichtigen. Fast 24 Millionen Arbeitslose in der Europäischen Union dokumentieren: Europa ist nicht zu einem dynamischen Wirtschaftsraum zusammengewachsen, sondern die Einzelstaaten haben im Gegenteil höchst unterschiedliche Entwicklungen genommen.

Diese ökonomischen Ungleichgewichte prägen vor allem die Arbeitsmärkte. Bei der Jugendarbeitslosigkeit stehen Länder wie die Niederlande (Quote von 7,5 Prozent), Österreich (7,8) Deutschland (9,5) anderen gegenüber wie Italien (27,6), Griechenland (38,5), Spanien (46,2). Bedrohlich wird



LEITARTIKEL

Absurde Schablone

Europa braucht keine einheitliche Rangliste für Berufsabschlüsse und Bildungsniveaus

Auf der Skala von eins bis acht bin ich also eine Sieben. Der sogenannte Deutsche Qualitätsrahmen bewertet mich so, weil ich ein abgeschlossenes Universitätsstudium aufweise. Zur Acht, der höchsten Stufe, könnte mir allein ein Dokortitel verhelfen: Fach, Arbeitsaufwand und wissenschaftliche Brillanz wären dabei völlig egal. Schlechter eingestuft als ich ist allerdings der erfahrene Augenoptikermeister, der in größter Präzision an einem Hightech-Arbeitsplatz Kontaktlinsen hergestellt hat, die die Schwäche meiner kurzsichtigen Augen exakt ausgleichen können. Ich bewundere und brauche seine Arbeit, da sie mein Leben erleichtert. Der Optikermeister ist in der Skala des Qualitätsrahmens eine Sechs, seine Gesellen stehen auf einer Vier. Ist das gerecht?

Fürs Erste müssen wir hinnehmen, dass sich Bund, Länder und Sozialpartner tatsächlich die Freiheit genommen haben, den Wert der Bildung zu berechnen. Sämtliche Bildungsabschlüsse werden in besagten acht Stufen sortiert. Diese sollen auch noch europaweit gelten. Einfacher kann man sich die Sache wirklich nicht machen. Eine simple Schablone wird über die Bürger gestülpt, ganz gleich, ob sie zu ihnen passt, ganz gleich, ob sie ihnen hilft oder schadet. Eigentlich soll die pauschale Bildungsbemessung Arbeitnehmern und Arbeitgebern das Berufsleben im europäischen Kontext erleichtern und ihre Mobilität fördern: Abschlüsse und Bildungsniveaus sollen vergleichbarer und transparenter werden. Das Gegenteil erreicht das

neue bürokratische Monster. Individuelle Kompetenzen und Qualifikationen, Talente und Wissensaneignungen werden schlicht ignoriert. Ähnlich wie beim Ringen um einen EU-weiten Fiskalpakkt sollen ungleiche Partner auf Krampf auf ein gleiches Niveau gehievt werden. So sehr der Fiskalpakkt notwendig ist, so überreguliert und überflüssig kommt solch ein punktebasierter europäischer Qualifikationsrahmen daher. An dieser hanebüchernen Simplifizierung beruflicher Niveaus kann doch kein EU-Staat Interesse haben.

KARSTEN KAMMHOLZ



Der Autor leitet das Hauptstadtbüro des Abendblatts

Der Irrsinn des neuen Stufen-systems wird nicht erst im europäischen Vergleich sichtbar. Er zeigt sich schon beim Umgang mit deutschen Schulabschlüssen, die auf der Rangliste vorerst fehlen. Das Abitur hätten die Bildungsminister gern auf Stufe fünf gesehen. Doch damit wäre es höher angesiedelt als die meisten Berufsabschlüsse, was Unternehmer und Gewerkschaften ungerecht fan-

den. Die Entscheidung darüber ist verschoben. Vielleicht sollten die selbst ernannten Bildungsbewerter beim nächsten Versuch daran denken, dass es das klassische deutsche Abitur gar nicht gibt. Genügend Vergleichstests belegen, dass die Aussagefähigkeit deutscher Abiturnoten auf tönernen Füßen steht. Man erinnere sich nur an die statistisch belegten Leistungsunterschiede von Abiturienten in Hamburg und Baden-Württemberg.

Wer es ernst meint mit dieser merkwürdigen Qualitätstabelle und gleichzeitig den Charakter des deutschen Bildungsföderalismus berücksichtigt, kann bei der noch ausstehenden Bewertung des Abiturs nur ins Grübeln geraten. Verdient das Hamburger Abitur womöglich nur eine knappe Vier, während die Hochschulreife im Südwesten mindestens eine Fünf ergibt? Abitur ist nicht gleich Abitur, predigen deutsche Bildungspolitiker. Aber für den europäischen Bildungsgleichheitsgedanken tun sie jetzt mal so, als habe man ein bundesweites Zentralabitur und auch sonst ein ziemlich zentral gesteuertes Bildungssystem. Zur Ungerechtigkeit des Bewertungsschemas droht auch noch politische Unaufrichtigkeit hinzuzukommen.

Ein aufrichtiges Ranking und faire Vergleichbarkeit gibt es nicht. Die Punkteskala erbringt den unfreiwilligen Beweis. Europa sollte in seiner bildungspolitischen Annäherung besser gleich auf sie verzichten.

Seite 3 Wert des deutschen Abiturs umstritten

Briefe an die Redaktion

Ausbeuterische Züge

31. Januar: „Konsequenzen aus dem Todesfall Chantal: Hamburger Pflegeeltern müssen zum Drogentest“

Für immer weniger Geld will man auf immer fähigere und kompetentere Pflegeeltern zurückgreifen können. Wer meint, dass diese Rechnung aufgeht, scheint keinen gesunden Sinn für die Realität zu haben. Das Anforderungsniveau an die Pflegefamilien hat, gemessen an dem, was dafür ausgegeben werden soll, ausbeuterische Züge. Pflegeeltern sorgen mit der Erfüllung ihrer Aufgabe dafür, dass in unzähligen Fällen teure Kinderheimunterbringung nicht erforderlich wird. Das spart erhebliche Kosten, und so leisten Pflegeeltern einen aktiven und sehr hoch einzuschätzenden Beitrag für die Allgemeinheit. Wer ihnen dafür immer weniger an finanziellen Hilfen und Entschädigung zugesteht, soll sich nicht wundern, wenn sich in der Stadt immer weniger fähige Personen bereit erklären, diese wichtige Aufgabe noch wahrzunehmen. Henrik Matthiesen

Immer mehr Deregulierung, mit der Folge einer immer noch größeren Abhängigkeit von den heute gescholtenen Finanzmärkten. Helgo Klatt

Eiffel auf der Moorweide

30. Januar: „Vor 125 Jahren begann der Bau des Eiffelturms: Die eiserne Dame“

Weithin in Vergessenheit geraten ist die Tatsache, dass auch in Hamburg seit 1881 auf der Moorweide ein großes, von Gustave Eiffel konstruiertes Bauwerk stand. Die riesige Ausstellungshalle aus Glas und Eisen war zunächst als Eckkuppel Bestandteil eines noch größeren Bauwerks, das zur Weltausstellung 1878 in Paris von Eiffel errichtet worden war. Als sie dort nicht mehr genutzt wurde, kaufte Hamburg das Eisengerippe für die Moorweide. In der Halle fand das Sängerbundfest und eine Hagenbeck-sche Völkerschau statt. Nach einem Brand wurde die Halle schließlich 1889 wieder abgerissen. Jörg Beletes

Unüberwindbare Hürden?

Dieser Skandal ist ein Versagen der politischen Verantwortlichen. Solange die Politiker nicht selbst erkennen, dass die Auswahl einer Pflegefamilie nicht so behandelt wird wie der Einkauf von Büromaterial, ist keine Änderung in Sicht. Möchte eine Familie ein Kind adoptieren, so liegen die Hürden fast unüberwindbar hoch. Der Bürger muss diese Defizite erkennen und bei seiner Wahlentscheidung mit einbeziehen, wobei es nicht um eine Partei geht, sondern um alle Parteien. Hans-Joachim Below

Sicher zum Ziel

30. Januar: „Euro-Gipfel. Griechen empört: Deutschland will Aufpasser in Athen“

Die Deutschen verlangen wahrlich nicht die volle Vormundschaft über den griechischen Haushalt. Wenn aber zunehmend der Eindruck entsteht, dass notwendige Reformen nicht zügig und konsequent durchgeführt werden, ist es legitim, dass diejenigen, die erhebliche finanzielle Unterstützung leisten, sichergehen wollen, dass diese Unterstützung auch zum Ziel führt. Dies zu einer Frage der nationalen Würde zu machen bedeutet, dass diese Würde vielmehr durch diejenigen beschädigt wurde, die in Griechenland Haushaltsverantwortung trugen und dieser Verantwortung nicht durch rechtzeitiges Eingreifen gerecht geworden sind. Christine Bosau

Eifrig mitgewerkelt

30. Januar: „Gabriel und Steinmeier lehnen Lagerwahlkampf ab. Große Koalition kommt für SPD nicht mehr infrage“

Nun sind für die SPD die Gegner ausgesucht: Die soziale Spaltung in Deutschland und die Finanzmärkte. Die soziale Spaltung hat die SPD mit den Hartz-Gesetzen und der Zerschlagung der solidarischen umlagefinanzierten Rente zugunsten der für die Sparer ziemlich nutzlosen Riester-Rente mitbefördert. Und die Finanzmärkte hat doch auch die SPD mit hochgepöppelt. Es sei in Erinnerung gerufen, dass auch die SPD an der Deregulierung der Finanzmärkte eifrig mitgewerkelt hat. Es waren doch auch SPD-Regierungen in Bund und Ländern, die über viele Jahre hinweg am fröhlichen Schuldenmachen teilgenommen haben. Und der Preis dafür?

Begeisternde Leitung

30. Januar: „Yuja Wang bringt Rachmaninows Klavierkonzert zum Schweben“

Wie recht das Abendblatt mit dieser begeisterten Kritik hat. Nur hätte ich mir gewünscht, dass der, der alles möglich machte, noch deutlicher herausgestellt worden wäre. Die Pianistin, wie ungewöhnlich, fiel ihm gleich nach dem Spiel dankbar um den Hals. Sie wusste wohl am deutlichsten, dass sein Dirigat ihrem Spiel Raum und Differenziertheit gab. Und das Orchester hatte eine Glanzvorstellung. Beides doch wohl wegen der präzisen und begeisternden Leitung von Andrej Boreyko. Wie gern hätten wir ihn häufiger in Hamburg. Bernd Lampe

Noch nicht überzeugt

30. Januar: „Hamburgs neue U-Bahn: Tausende sitzen schon mal Probe“

Schick sieht sie aus. Aber überzeugt bin ich noch nicht. Wie viele Sitzplätze gingen gegenüber den alten Fahrzeugen verloren? Wo soll man sich festhalten, wenn man nur noch einen Stehplatz bekommen hat? Haltestangen sind auf den Fotos nur in sehr großen Abständen zu sehen. Dirk Oelte

Zu kurz gegriffen

28./29. Januar: „Olaf Scholz' Vision von einem besseren Hamburg. ‚Selbst Hochhäuser sind vorstellbar“

Die Visionen unseres Ersten Bürgermeisters zur Stadtentwicklung greifen zu kurz. Scholz sieht Wilhelmsburg, Eilbek, Hamm und Horn auf dem Weg zu Stadtteilen mit hoher Attraktivität. Aber kein Wort zu einer sozial verträglichen Entwicklung mit bezahlbaren Mieten, zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung mit Klimaschutz und anderen ökologischen Qualitäten. So bleibt die Glaubwürdigkeit des Senats auf der Strecke, für ein lebenswertes Hamburg zu sorgen, das sich auch in Zukunft die Mehrzahl der Menschen leisten kann. Rudolf Pielke

Die Zuschriften geben die Meinung der Einsender wieder. Kürzungen vorbehalten. Weitere Briefe auf www.abendblatt.de Schreiben Sie an briefe@abendblatt.de oder per Post an das Brieffach 2110, 20350 Hamburg

PRESSESCHAU

Zum neuen FDP-Programm

Ob die Wachstumsidee aus Wirtschafts-wunderzeiten zum Renner des 21. Jahrhunderts wird? Als Alleinstellungsmerkmal geht sie nicht durch, denn auch die grüne Konkurrenz verteuert Wachstum nicht mehr undifferenziert, sondern macht sich über die Qualität des Wachstums Gedanken. So passen die programmatischen Bemühungen ins Bild der Rösler-FDP: Sie laviert hilflos am Rand des Abgrunds. FRANKFURTER RUNDSCHAU

Über das Euro-Krisenmanagement von Angela Merkel

Mit der Idee, Griechenland einen eigenen Haushaltskommissar mit allen Vollmachten vorzusetzen, der über das Parlament in Athen hinweg Budgetbeschlüsse blockieren könnte, hat Angela

Merkel sich einen schweren Schnitzer geleistet. Der deutsche Bundestag war es, der gegenüber den EU-Partnern vor gar nicht langer Zeit das Budgetrecht der Parlamente als „Königsrecht“ der Demokratie verteidigte. Merkel hat diesen Grundkonsens in der Union infrage gestellt. DER STANDARD (WIEN)

Zum gleichen Thema:

Die Berliner Idee vom Sparkommissar für Athen war wohl in erster Linie für das eigene Publikum gedacht. Dabei wäre etwas mehr deutsche Gelassenheit den europäischen Partnern gegenüber angebracht. Gelassenheit, weil die EU ohnehin auf den Sparkurs Merckels eingeschwenkt ist. Wenn sie die Akzeptanz bei den Europäern verliert, sind am Ende alle Bemühungen umsonst gewesen. TAGESANZEIGER (ZÜRICH)